

Zukunft der Pflegeversicherung

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung im Auftrag der
DAK-Gesundheit

forsa Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62882-0

E-Mail info@forsa.de

16. März 2023

f23.0090/42445 Ja, Sh, Ts

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	3
1 Einschätzung zur Absicherung durch die gesetzliche Pflegeversicherung	4
2 Meinungen zur Finanzierung der gesetzlichen Pflegeversicherung.....	7
3 Meinungen zur finanziellen Unterstützung pflegender Angehöriger.....	11
4 Beantragung von Sozialhilfe durch Pflegebedürftige?.....	15
5 Meinungen zur Zukunft der gesetzlichen Pflegeversicherung.....	18

Vorbemerkung

Im Auftrag der DAK-Gesundheit hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH eine repräsentative bundesweite Befragung unter der deutschsprachigen Bevölkerung zur „Zukunft der Pflegeversicherung“ durchgeführt.

In der Befragung wurden Einschätzungen zur Absicherung durch die Pflegeversicherung in Deutschland und Sorgen in Bezug auf die eigene finanzielle Absicherung im Pflegefall ermittelt. Darüber hinaus wurden Meinungen zur aktuellen und zukünftigen Finanzierung der gesetzlichen Pflegeversicherung erhoben und Fragen zur staatlichen Unterstützung pflegender Angehöriger gestellt.

Im Rahmen der Untersuchung wurden insgesamt 1.004 nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte Bundesbürgerinnen und -bürger ab 18 Jahren befragt.

Die Erhebung wurde vom 10. bis 14. März 2023 im Rahmen des repräsentativen Online-Panels forsa.omninet durchgeführt.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Grundgesamtheit übertragen werden.

Die Untersuchungsbefunde werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

1 Einschätzung zur Absicherung durch die gesetzliche Pflegeversicherung

Zunächst wurden die Befragten allgemein um eine Einschätzung der Pflegeversicherung in Deutschland gebeten.

Insgesamt schätzen die Bundesbürgerinnen und -bürger die Absicherung für den Pflegefall durch die Pflegeversicherung in Deutschland eher negativ ein: Knapp zwei Drittel (65 %) der Befragten sind der Ansicht, dass die Pflegeversicherung sie eher (52 %) oder sehr (13 %) schlecht dafür absichert.

29 Prozent beurteilen die Absicherung durch die Pflegeversicherung als eher gut. Dass die Absicherung durch die Pflegeversicherung sehr gut ist, gibt so gut wie niemand (0 %) an.

Während sich bei den über 35-Jährigen eine deutliche Mehrheit für schlecht abgesichert hält, sind die unter 35-Jährigen dahingehend etwas weniger pessimistisch.

Allgemeine Einschätzung der Absicherung durch die Pflegeversicherung in Deutschland

Es meinen, dass die Pflegeversicherung sie für den Pflegefall absichert

		sehr gut %	eher gut %	eher schlecht %	sehr schlecht %
insgesamt		0	29	52	13
Männer		1	32	51	13
Frauen		0	27	52	13
18- bis 34-Jährige		0	40	44	11
35- bis 49-Jährige		1	25	52	14
50- bis 64-Jährige		0	21	59	15
65 Jahre und älter		0	33	52	11
Region:	Nord	0	31	56	9
	Südwest	1	29	57	10
	NRW	0	33	51	11
	Ost	0	26	47	20
	Baden-Württemberg	1	23	54	12
	Bayern	0	32	49	14

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Während die Absicherung durch die Pflegeversicherung von einer großen Mehrheit der Bevölkerung als eher schlecht wahrgenommen wird, sind Sorgen in Bezug auf die eigene finanzielle Absicherung im Pflegefall etwas weniger in der Bevölkerung verbreitet.

Rund die Hälfte (54 %) – darunter Frauen häufiger als Männer – macht sich diesbezüglich (sehr) große Sorgen. 42 Prozent bereit dies hingegen weniger große oder überhaupt keine Sorgen.

Mit steigendem Haushaltseinkommen werden seltener Sorgen um die finanzielle Absicherung im Pflegefall geäußert.

Sorgen um finanzielle Absicherung im Pflegefall

Sollten sie selbst einmal pflegebedürftig werden, machen sich um ihre finanzielle Absicherung

		sehr große Sorgen	große Sorgen	weniger große Sorgen	überhaupt keine Sorgen
		%	%	%	%
insgesamt		14	40	37	4
Männer		10	39	45	5
Frauen		19	42	30	4
18- bis 34-Jährige		11	34	46	1
35- bis 49-Jährige		16	43	31	6
50- bis 64-Jährige		16	42	35	4
65 Jahre und älter		14	43	37	6
Haushaltsnettoeinkommen (in Euro):	unter 2.500	19	41	33	3
	2.500 bis unter 4.000	13	48	37	2
	4.000 oder mehr	8	36	44	7
Region:	Nord	13	36	46	5
	Südwest	15	40	41	2
	NRW	12	43	37	5
	Ost	18	46	29	6
	Baden-Württemberg	11	41	30	3
	Bayern	18	34	43	4

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

2 Meinungen zur Finanzierung der gesetzlichen Pflegeversicherung

Immer mehr Menschen in Deutschland sind pflegebedürftig, so dass die Pflegekosten kontinuierlich steigen. Verschiedene Studien kommen zu dem Ergebnis, dass die bisherige Finanzierung der gesetzlichen Pflegeversicherung nicht ausreicht.

Drei Viertel (75 %) der Befragten sind vor diesem Hintergrund der Meinung, dass die zusätzlichen Kosten zukünftig (auch) durch Zuschüsse aus Steuern finanziert werden sollten. 22 Prozent sprechen sich (auch) für eine Erhöhung der Beiträge in der gesetzlichen Pflegeversicherung aus. Nur sehr wenige Befragte (4 %) plädieren hingegen zur Kostendeckung (zudem) für eine Reduzierung der Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung.

Rund jede bzw. jeder Zehnte (11 %) hat dazu keine Meinung.

Befragte mit Haushaltseinkommen ab 4.000 Euro sprechen sich überdurchschnittlich häufig für eine (zusätzliche) Finanzierung der zusätzlichen Kosten über höhere Beiträge aus.

Über Parteigrenzen hinweg sprechen sich die Befragten mehrheitlich für Zuschüsse aus Steuern an die gesetzliche Pflegeversicherung aus, wenn auch Anhänger der FDP tendenziell seltener als die Anhänger anderer Parteien.

Meinungen zur zukünftigen Finanzierung steigender Pflegekosten

Die zusätzlichen Pflegekosten sollten zukünftig finanziert werden durch

		eine Erhöhung der Beiträge in der gesetzlichen Pflegeversicherung	Zuschüsse aus Steuern an die gesetzliche Pflegeversicherung	eine Reduzierung der Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung	weiß nicht/ keine Angabe
		%	%	%	%
insgesamt		22	75	4	11
Männer		27	73	5	9
Frauen		17	77	2	12
18- bis 34-Jährige		29	71	3	12
35- bis 49-Jährige		27	74	3	11
50- bis 64-Jährige		16	75	5	13
65 Jahre und älter		18	79	3	7
Haushaltsnetto- einkommen (in Euro):	unter 2.500	15	78	3	15
	2.500 bis unter 4.000	23	76	2	8
	4.000 oder mehr	34	69	6	8
Anhänger der:	SPD	23	82	2	4
	Grünen	29	77	3	7
	FDP	29	63	11	10
	CDU/CSU	24	78	8	6
	AfD	15	77	5	7
Region:	Nord	18	79	3	9
	Südwest	37	63	5	16
	NRW	31	71	3	9
	Ost	13	81	5	9
	Baden- Württemberg	19	72	5	12
	Bayern	14	80	2	11

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

In der gesetzlichen Pflegeversicherung zahlen Versicherte ohne Kinder einen höheren Beitrag als Versicherte mit Kindern. Zum 1. Juli 2023 soll es weitere Entlastungen für Versicherte geben, die mindestens zwei Kinder haben. Diese Entlastungen werden ausschließlich durch eine weitere Erhöhung der Beiträge für Versicherte ohne Kinder finanziert.

38 Prozent der Bürgerinnen und Bürger finden dies angemessen.

54 Prozent sind hingegen der Ansicht, dass die Entlastung der Familien (auch) aus Steuermitteln erfolgen sollte.

Während Befragte ab 65 Jahren in der Frage geteilter Meinung sind, sprechen sich Jüngere mehrheitlich für eine (zusätzliche) Finanzierung über Steuern aus.

Auch Frauen präferieren häufiger eine (zusätzliche) Finanzierung über Steuern als Männer.

Befragten mit Kindern im Haushalt halten die ausschließliche Finanzierung über eine Erhöhung der Beiträge für kinderlose Versicherte häufiger für angemessen als diejenigen ohne Kinder im Haushalt.

Wie soll die zusätzliche Entlastung für Familien finanziert werden?

Dass die zusätzlichen Entlastungen für Versicherte, die mindestens zwei Kinder haben, ausschließlich durch eine weitere Erhöhung der Beiträge für Versicherte ohne Kinder finanziert werden, finden angemessen

		ja	nein, die Entlastung der Familien sollte (auch) aus Steuermitteln erfolgen
		%	%
insgesamt		38	54
Männer		48	46
Frauen		28	61
18- bis 34-Jährige		29	63
35- bis 49-Jährige		39	52
50- bis 64-Jährige		36	54
65 Jahre und älter		48	46
Kinder im Haushalt:	ja	49	44
	nein	36	56
Haushaltsnetto- einkommen (in Euro):	unter 2.500	31	61
	2.500 bis unter 4.000	35	56
	4.000 oder mehr	50	44
Anhänger der:	SPD	48	45
	Grünen	45	51
	FDP	44	45
	CDU/CSU	44	52
	AfD	44	53
Region:	Nord	35	59
	Südwest	45	43
	NRW	39	51
	Ost	35	55
	Baden-Württemberg	32	62
	Bayern	43	51

an 100 Prozent fehlende Angaben = "weiß nicht"/keine Angabe

3 Meinungen zur finanziellen Unterstützung pflegender Angehöriger

Viele Menschen pflegen ihre Angehörigen zu Hause. Dass der Staat pflegende Angehörige finanziell stärker unterstützt, hält eine sehr große Mehrheit für mindestens wichtig: 31 Prozent der Befragten finden das wichtig und 65 Prozent sehr wichtig.

Nur vereinzelt (2 %) äußern Befragte, dass sie dies als weniger wichtig erachten.

Der Anteil derjenigen, die eine stärkere staatliche Unterstützung als *sehr* wichtig ansehen, fällt dabei insbesondere unter Frauen und mit zunehmendem Alter der Befragten höher aus.

Meinungen zur staatlichen Unterstützung pflegender Angehöriger

Dass der Staat pflegende Angehörige finanziell stärker unterstützt, halten für

		sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	überhaupt nicht wichtig
		%	%	%	%
insgesamt		65	31	2	0
Männer		56	41	2	1
Frauen		75	22	2	0
18- bis 34-Jährige		57	42	2	0
35- bis 49-Jährige		64	32	2	1
50- bis 64-Jährige		68	27	3	0
65 Jahre und älter		71	26	2	0
Anhänger der:	SPD	63	34	2	1
	Grünen	56	43	1	0
	FDP	54	40	3	1
	CDU/CSU	65	29	5	0
	AfD	64	31	3	1
Region:	Nord	61	34	3	1
	Südwest	64	34	1	0
	NRW	62	32	4	0
	Ost	70	28	1	0
	Baden-Württemberg	70	29	0	1
	Bayern	66	31	2	1

an 100 Prozent fehlende Angaben = "weiß nicht"/keine Angabe

Wenn Pflegebedürftige zu Hause von Angehörigen, Freunden oder anderen ehrenamtlich Tätigen versorgt werden, zahlt die Pflegeversicherung das sogenannte Pflegegeld. Dieses Pflegegeld ist seit 2017 nicht erhöht worden. Mit der Pflegereform 2024 soll es nun um 5 Prozent angehoben werden.

Die große Mehrheit (79 %) der Bürgerinnen und Bürger – über alle Befragtengruppen hinweg – empfindet diese Erhöhung als zu niedrig.

14 Prozent halten sie für angemessen und fast niemand (1 %) findet sie zu hoch.

Meinungen zur Erhöhung des Pflegegeldes

Die geplante Erhöhung des Pflegegeldes um 5 Prozent mit der Pflegereform 2024 ist

		zu niedrig	angemessen	zu hoch
		%	%	%
insgesamt		79	14	1
Männer		78	15	1
Frauen		81	13	1
18- bis 34-Jährige		78	13	0
35- bis 49-Jährige		80	14	1
50- bis 64-Jährige		75	16	1
65 Jahre und älter		85	12	0
Anhänger der:	SPD	81	14	0
	Grünen	77	15	0
	FDP	78	18	1
	CDU/CSU	78	18	2
	AfD	78	15	4
Haushaltsnetto- einkommen (in Euro):	unter 2.500	73	18	1
	2.500 bis unter 4.000	81	13	0
	4.000 oder mehr	79	14	1
Region:	Nord	82	13	0
	Südwest	84	12	0
	NRW	75	17	2
	Ost	80	15	1
	Baden- Württemberg	80	12	1
	Bayern	78	13	0

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

4 Beantragung von Sozialhilfe durch Pflegebedürftige?

Die Kosten für einen Platz im Pflegeheim sind in den letzten Jahren angestiegen: Für einen Heimplatz liegt der Eigenanteil von Pflegebedürftigen derzeit im Bundesdurchschnitt bei mehr als 2.000 Euro pro Monat. Wenn die Rente dafür nicht ausreicht, müssen Pflegebedürftige Sozialhilfe für die Deckung der Kosten beantragen. In diesem Kontext wurden die Befragten gebeten anzugeben, inwiefern sie drei Aussagen zustimmen.

Eine sehr große Mehrheit (83 %) der Befragten ist der Ansicht, dass es nicht in Ordnung ist, wenn Menschen, die ihr Leben lang Beiträge an die Pflegeversicherung gezahlt haben, zu Sozialfällen werden.

Dennoch scheint die Beantragung von Sozialhilfe für eine knappe Mehrheit legitim bzw. nicht schamhaftet: Etwas mehr als die Hälfte (56 %) der Befragten äußert, dass es kein Problem ist, wenn Pflegebedürftige Sozialhilfe beantragen müssen, denn dafür sei die Sozialhilfe da.

Dass jeder Mensch hier eine Eigenverantwortung hat und durch private Zusatzversicherungen selbst für den Pflegefall vorsorgen sollte, meinen mit rund einem Viertel (27 %) deutlich weniger Befragte.

Beantragung von Sozialhilfe durch Pflegebedürftige?

	Es stimmen der jeweiligen Aussage zu			
	voll und ganz	eher	eher nicht	überhaupt nicht
	%	%	%	%
Es ist nicht in Ordnung, wenn Menschen, die ihr Leben lang Beiträge an die Pflegeversicherung gezahlt haben, zu Sozialfällen werden.	62	21	9	5
Wenn Pflegebedürftige Sozialhilfe beantragen müssen, ist das kein Problem, denn dafür ist die Sozialhilfe da.	25	31	25	16
Jeder Mensch hat hier eine Eigenverantwortung und sollte durch private Zusatzversicherungen selbst für den Pflegefall vorsorgen.	5	22	41	29

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Befragte ab 50 Jahren meinen (noch) häufiger als die Jüngeren, dass es nicht in Ordnung ist, wenn Menschen, die ihr Leben lang Beiträge an die Pflegeversicherung gezahlt haben, zu Sozialfällen werden.

Beantragung von Sozialhilfe durch Pflegebedürftige? II

Es stimmen der jeweiligen Aussage voll und ganz bzw. eher zu:	insgesamt	Männer	Frauen	18- bis 34-Jährige	35- bis 49-Jährige	50- bis 64-Jährige	65 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%
Es ist nicht in Ordnung, wenn Menschen, die ihr Leben lang Beiträge an die Pflegeversicherung gezahlt haben, zu Sozialfällen werden.	83	82	83	73	77	88	90
Wenn Pflegebedürftige Sozialhilfe beantragen müssen, ist das kein Problem, denn dafür ist die Sozialhilfe da.	56	58	54	55	46	58	65
Jeder Mensch hat hier eine Eigenverantwortung und sollte durch private Zusatzversicherungen selbst für den Pflegefall vorsorgen.	27	30	25	26	23	27	34

Dass es nicht in Ordnung ist, wenn Menschen, die ihr Leben lang Beiträge an die Pflegeversicherung gezahlt haben, zu Sozialfällen werden, geben Befragte mit geringerem Einkommen noch häufiger als diejenigen der höchsten Einkommensgruppe an.

Bezieherinnen und Bezieher höherer Einkommen meinen hingegen häufiger als diejenigen mit einem Einkommen unter 2.500 Euro, dass jeder Mensch in dieser Frage eine Eigenverantwortung hat und durch private Zusatzversicherungen selbst für den Pflegefall vorsorgen sollte.

Überdurchschnittlich häufig wird diese Meinung ebenfalls von Anhängern der FDP und der Union vertreten.

Beantragung von Sozialhilfe durch Pflegebedürftige? III

Es stimmen der jeweiligen Aussage voll und ganz bzw. eher zu:	insgesamt	Haushaltsnettoeinkommen (in Euro):			Anhänger der:				
		unter 2.500	2.500 bis unter 4.000	4.000 oder mehr	SPD	Grünen	FDP	CDU/CSU	AfD
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Es ist nicht in Ordnung, wenn Menschen, die ihr Leben lang Beiträge an die Pflegeversicherung gezahlt haben, zu Sozialfällen werden.	83	89	84	77	84	78	82	83	91
Wenn Pflegebedürftige Sozialhilfe beantragen müssen, ist das kein Problem, denn dafür ist die Sozialhilfe da.	56	56	58	53	56	57	70	59	58
Jeder Mensch hat hier eine Eigenverantwortung und sollte durch private Zusatzversicherungen selbst für den Pflegefall vorsorgen.	27	18	30	38	26	26	44	38	24

5 Meinungen zur Zukunft der gesetzlichen Pflegeversicherung

Den Befragten wurden zwei mögliche künftige Formen der Ausgestaltung der gesetzlichen Pflegeversicherung vorgelegt mit der Bitte anzugeben, für welche sie sich eher aussprechen würden.

Die große Mehrheit (85 %) ist in dem Kontext der Meinung, dass die gesetzliche Pflegeversicherung weiterhin alle wesentlichen Pflegekosten übernehmen sollte.

Dass die gesetzliche Pflegeversicherung künftig nur noch eine Basisabsicherung übernehmen sollte und dass jede bzw. jeder darüber hinaus selbst vorsorgen sollte, z.B. durch private Zusatzversicherungen, präferieren lediglich 12 Prozent der Befragten.

Dabei unterscheiden sich die Meinungen zwischen verschiedenen Befragtengruppen nur in geringem Maße.

Meinungen zur Zukunft der gesetzlichen Pflegeversicherung

Zur Zukunft der gesetzlichen Pflegeversicherung meinen:

Die gesetzliche Pflegeversicherung sollte weiterhin alle wesentlichen Pflegekosten übernehmen.

Die gesetzliche Pflegeversicherung sollte künftig nur noch eine Basisabsicherung übernehmen. Darüber hinaus sollte jede/r selbst vorsorgen, z.B. durch private Zusatzversicherungen.

		%	%
insgesamt		85	12
Männer		83	15
Frauen		87	9
18- bis 34-Jährige		82	17
35- bis 49-Jährige		85	8
50- bis 64-Jährige		86	10
65 Jahre und älter		86	12
Haushaltsnetto- einkommen (in Euro):	unter 2.500	88	8
	2.500 bis unter 4.000	85	13
	4.000 oder mehr	80	17
Anhänger der:	SPD	90	6
	Grünen	89	10
	FDP	76	22
	CDU/CSU	82	16
	AfD	82	18
Region:	Nord	88	10
	Südwest	83	15
	NRW	83	12
	Ost	87	9
	Baden-Württemberg	85	8
	Bayern	83	15

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe